

03.07.2018

## **Antrag**

**der Fraktion der SPD**

### **Mitte-Rechts Regierung im Privatisierungswahn stoppen! Landesregierung handelt unverantwortlich bei Privatisierung von WestSpiel**

#### **I. Ausgangslage**

Das nordrhein-westfälische Landeskabinett hat im Mai die Privatisierung der Spielbanken des Landes beschlossen.

Die über 1000 Beschäftigten der Casinos, ihre Vertreter in den Betriebsräten und dem Aufsichtsrat sowie die betroffenen Kommunen haben davon aus der Zeitung erfahren. Dieses Verfahren wurde selbst von CDU heftig kritisiert.

Die WestSpiel-Gruppe betreibt landesweit über die Westdeutsche Spielbanken GmbH drei Spielcasinos (Aachen, Bad Oeynhausen, Dortmund) sowie über die Casino Duisburg GmbH & Co. KG ein viertes Spielcasino in Duisburg. Alleinige Gesellschafterin der WestSpiel-Gruppe ist die NRW.Bank.

Im Zuge der Privatisierung soll in Kürze auch das Spielbankgesetz Nordrhein-Westfalen geändert werden. Dieses sieht derzeit vor, dass die Spielbanken nur von juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder solchen juristischen Personen des privaten Rechts betrieben werden dürfen, deren Anteile überwiegend dem Land gehören. Für eine private Trägerschaft wäre daher eine Gesetzesänderung notwendig.

Die WestSpiel-Privatisierung ist der erste Schritt einer von der Landesregierung geplanten Privatisierungswelle, von der über 30 000 Beschäftigte des Landes betroffen sind.

Mit der Vorlage 17/850 hat die Landesregierung klargestellt, dass sie beabsichtigt, möglichst viele Landesbeteiligungen zu privatisieren. Dies ist die Rückkehr zur „Privat vor Staat“ Ideologie.

Einer Ideologie, von der gerade zum zehnjährigen Jahrestag der Privatisierung der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) mit ihren Wohnungen deutlich wird, welche negative Auswirkungen sie noch heute für die Menschen in NRW hat.

Bei Westspiel wurde mit besonderer Eile vorgegangen.

Die Privatisierungsentscheidung erfolgte eine Woche vor der Festlegung von Kriterien zur weiteren Privatisierung von Landesbeteiligungen durch das Kabinett.

Datum des Originals: 03.07.2018/Ausgegeben: 03.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter <a href="http://www.landtag.nrw.de">www.landtag.nrw.de</a>
--

Bis heute behauptet die FDP WestSpiel koste das Land nur Geld. Dies ist schlichtweg falsch. Nun nennt die FDP zudem den öffentlichen Auftrag zur Bekämpfung der Spielsucht aus dem Spielbankgesetz „zweifelhaft“.

Dass bereits die Gauselmanngruppe öffentlich Interesse bekundet, ist bezeichnend. In der neusten Ausgabe des SPIEGEL werden die engen Verflechtungen zwischen FDP und Gauselmann dargelegt. Damit erhärtete sich der Verdacht, dass hier gezielt ein staatliches Unternehmen schlechtgeredet wird, um Lobbyinteressen zu bedienen.

Der Finanzminister hat dem Ausschuss berichtet, dass zunächst ein „Verkaufsbeauftragter“ benannt wird, der vor Änderung des Spielbankgesetzes die Ausschreibung der Lizenzen vorbereitet. Wie hoch die Kosten alleine für diesen sind, kann die Landesregierung nicht beziffern.

Die Landesregierung schließt nicht aus, Regelungen zu treffen die Investoren bessere Rahmenbedingungen, bieten wie dem bisherigen öffentlichen Betreiber.

Denkbar sind beispielsweise die Ermöglichung von Dependancen, geringe Ausschüttungsquoten bei Spielgeräten oder längere Laufzeiten bei Lizenzen.

## II. Der Landtag stellt fest:

- Die „Privat vor Staat“-Ideologie ist der Landesregierung wichtiger als die Interessen des Landes, der Kommunen und der Beschäftigten.
- Der Verkauf von WestSpiel droht der Auftakt einer Privatisierungswelle weiterer Landesbeteiligungen zu werden, von der mehr als 30.000 Beschäftigte betroffen sein könnten.
- WestSpiel nimmt als öffentliche Beteiligung den Auftrag zur Bekämpfung der Spielsucht ernst und unterstützt Präventionsmaßnahmen.
- WestSpiel zahlt jährlich mehr als 30 Mio. € Spielbankabgaben. Davon gehen mehr als 10 Mio. € an die Standortkommunen, der Rest fließt über die Stiftung Wohlfahrtspflege an soziale Projekte. Im Haushaltsjahr 2018 sind das allein rund 20,6 Millionen Euro.
- In den Spielbanken von WestSpiel werden Geldflüsse streng kontrolliert um Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu verhindern.
- Durch die Privatisierung von Spielbanken kommt es nicht zu einer Verstärkung des Wettbewerbs, sondern zu einer Konzentration des Glücksspiels in privater Hand.
- Bei einer Privatisierung ist nicht auszuschließen, dass unseriöse Anbieter des sogenannten „grauen Marktes“, die bisher mit illegalem Glücksspiel oder Steuerumgehung in Verbindung stehen, den Zuschlag bekommen,
- Die Umbrüche auf dem Glücksspielmarkt erfordern ein kohärentes Vorgehen. Eine Privatisierung wäre ein falsches Signal sowohl gegenüber den anderen Bundesländern im Rahmen des auszuhandelnden Staatsvertrags als auch gegenüber der EU angesichts der Rechtfertigung der Aufrechterhaltung eines staatlichen Lottomonopols.
- Private Spielbanken handeln rein gewinnorientiert. Spielerschutz und andere gemeinwohlorientierte Kriterien sind hier zweitrangig.
- Eine Konsolidierung bei WestSpiel ist notwendig. Dies muss aber zusammen mit allen Beteiligten und sachorientiert erfolgen. Das jetzige Vorgehen der Landesregierung ist das genaue Gegenteil davon.

**III. Der Landtag beschließt:**

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Die ideologisch motivierte Privatisierung von Westspiel zu stoppen.
2. Die Konsolidierung von Westspiel gemeinsam mit den Beschäftigten und den Anteilseignern und in engem Kontakt mit den betroffenen Kommunen voranzutreiben.
3. Von einer Rückkehr zur „Privat vor Staat“ Ideologie, wie sie zwischen 2005 und 2010 zu Lasten der Menschen in NRW betrieben wurde, Abstand zu nehmen.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Michael R. Hübner  
Stefan Zimkeit  
Elisabeth Müller-Witt

und Fraktion